



www.dielinke-teltow-flaeming.de

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Gefiebert und gefeiert

Die Kommunalwahlen liegen hinter uns. Die letzten Wochen und Monate des intensiven Wahlkampfes – das Kleben und Aufhängen der Plakate, das Planen, Organisieren und Durchführen der Infostände, die vielen Kandidatengespräche, offizieller Wahlkampf und die Gespräche über den Gartenzaun, Infotouren und Spenden – haben nun ein Ende. Die ersten Ergebnisse (bei Redaktionsschluss lagen uns nur die vorläufigen Daten vor) zeigen, dass sich der Aufwand in jeder Hinsicht gelohnt hat.

Am Sonntagabend fanden sich im Luckenwalder Kreishaus einige Kandidatinnen und Kandidaten fast aller Parteien, die sich zur Wahl gestellt hatten, zusammen. Erwartungsvolle Stimmung dominierte die Gespräche. Erste Ergebnisse der Landtagswahl in Bayern wurden ausgewertet. Als dann die ersten Zahlen aus Brandenburg auf der Leinwand erschienen, stieg merklich die Aufregung der Anwesenden. Nach und nach zeichnete sich deutlich ab, dass DIE LINKE ihr Wahlziel nicht nur erreicht, sondern weit über Erwartungen steigern konnte, so erreichte Kornelia Wehlan mit 5690 Stimmen das absolut höchste Ergebnis aller Kandidaten für den Kreistag, gefolgt von Maritta Böttcher mit 5039 Stimmen. Erleichterung, Erstaunen und natürlich

Freude über die Zahlen lösten langsam die angespannte Atmosphäre unter den Kandidaten, Sympathisanten und Mitgliedern der LINKEN.

Zwischendurch wurden auch immer wieder telefonische Informationen aus anderen Landkreisen in Brandenburg bekanntgegeben.

Eine zusätzliche gute Nachricht erreichte uns im Laufe des Abends aus Schwerin, wo nach einer Stichwahl Angelika Gramkow als Oberbürgermeisterin bestätigt wurde. In der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommern wird damit erstmals eine Politikerin der LINKEN Stadtoberhaupt.

Erfolg auf der ganzen Linie also, das zeigen uns auch die (vorläufigen) Zahlen des Landkreises Teltow-Fläming. Hier erreicht DIE LINKE mit 25,3 % für den gesamten Landkreis Teltow-Fläming den zweiten Platz hinter der SPD mit 29,6 %. Im Kreistagswahlkreis 4 (Luckenwalde, Nuthe-Urstromtal, Baruth) belegt DIE LINKE mit 34,58 % den ersten Platz. In den Wahlkreisen 1, 2 und 5 erreichte sie den zweiten, im Wahlkreis 3 einen guten dritten Platz.

Alles in allem ein großartiges Ergebnis, so auch im gesamten Land Brandenburg. Hier liegt DIE LINKE mit 24,7 % dicht hinter der SPD mit 25,8 %.

red

Bilderrätsel

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Titelbild aus der Region Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?

In der nächsten Ausgabe kann die Auflösung nachgelesen werden.

Die Redaktion

Teltow-Fläming im Bild



Bülow-Denkmal in Dennewitz

Zitiert...

Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.

George B. Shaw (1856-1950)

DANKE!

Allen Wählern, Kandidaten, Helfern, Spendern und Unterstützern

DIE LINKE.

Stimmen am Wahlsonntag

Auf der Wahlparty sammelte Marianne Richter erste Meinungen zu den Kommunalwahlen

Nachdem die ersten vereinzelt Zahlen auf der Leinwand im Kreishaus Luckenwalde zu sehen waren und sich ein erfolgreicher Trend für DIE LINKE abzeichnete, wurden die Ergebnisse auch gleich diskutiert und ausgewertet.

Kornelia Wehlan bemerkte, dass nicht nur das Wahlziel der Partei, die Zahl der bisherigen Mandate zu sichern, erreicht wurde, sondern jedes weitere Mandat ein Zeichen für die gute inhaltliche und personelle Aufstellung der Kandidaten war. Das Ergebnis zeigt, dass die Arbeit der Fraktion und die inhaltlichen Schwerpunkte wie Arbeit, Bildung und Gesundheit Anerkennung finden.

Ihr Dank gilt den Wählerinnen und Wählern, den ehrenamtlichen Helfern und Spendern.

Unter die Freude über die guten Wahlergebnisse mischt sich aber auch ein Wermutstropfen, denn die DVU ist mit einem Sitz in den Kreistag gewählt worden.

Auch Maritta Böttcher findet das Wahlergebnis überwältigend. Dies sei der Lohn für sehr gute inhaltliche und bürgernahe Arbeit. Biskys Aussage über die „Kümmererpartei“ wurde hier in die Praxis umgesetzt. Weiterhin sind es auch die kompetenten Bürger, die auf der Liste der LINKEN kandidiert haben, die zu diesem Wahlerfolg beigetragen haben. So macht es das gute Jüterbogener Ergebnis möglich, den bzw. die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung zu stellen. Als Wunsch äußerte Maritta Böttcher, dass sie gern weiterhin den Jugendhilfeausschuss leiten möchte.

Als Dirk Hohlfeld im Kreishaus in Luckenwalde eintraf, wusste er noch nichts von dem herausragenden Ergebnis in seinem Wahlkreis. Der Spitzenkandidat im Wahlkreis 3 war begeistert von den Zahlen auf der Leinwand. In der Gemeinde Am Mellensee erreichte DIE LINKE bei der Kreistagswahl 29,4 % (vorläufiges Ergebnis) und ist dort somit auf Platz eins.



M. Richter im Gespräch mit Kornelia Wehlan und Ralph Krech



Gespannte Gesichter blicken wartend ...



... auf die zwei Leinwände im Luckenwalder Kreishaus

Dies stellt einen Gewinn von ca. 10 % zu den Kreistagswahlen im Jahre 2003 dar.

Dirk Hohlfeld sieht u.a. in der kontinuierlich guten Arbeit der letzten Jahre einen Grund für den Wahlerfolg. Er hofft, auch weiterhin in der Haushalts- und Finanzpolitik diese gute Arbeit fortsetzen zu können.

Jürgen Akuloff empfindet die Wahlergebnisse als sehr zufriedenstellend. Das Wahlziel ist weit überboten, nicht

zuletzt, weil das Wahlkampfkonzept stimmig war.

Des Weiteren hat sich die Bürgernähe bewährt, die Tatsache, dass wir auf Alltagsorgen mit Lösungen reagieren, um insgesamt Politikfähigkeit zu beweisen. Deshalb bleibt auch in der neuen Legislaturperiode die Bürgernähe ein Schwerpunkt. < *Über Sitzverteilung und gewählte Personen berichten wir in der nächsten Ausgabe.* *red*

Öffentliches Forum

Mit der Landtagsfraktion der Partei „Die LINKE“ vor Ort

Gewählt wurde ein Thema, welches seit Jahren die Bürger unseres Territoriums bewegt und zwangsläufig auch den Schwerpunkt des Basis-Wahlprogramms ausmacht.

Im Einzelnen betrifft es die Durchsetzung unserer Forderungen zum Nachtflugverbot, die Verwirklichung von Lärmschutzmaßnahmen, insbesondere an allen sensiblen Sozial- und Bildungseinrichtungen, die anspruchsgerechte Entschädigung der Kommunen und privaten Eigentümer infolge des Wertverlustes ihrer Grundstücke sowie die Sicherung entsprechender Ausgleichsmaßnahmen inklusive finanzieller Ausgleichs durch den BBI als den Verursacher von Veränderungen der Lebens- und Wohnbedingungen. Kornelia Wehlan verstand es, einleitend das Ziel des Forums im Zusammenhang mit den aktuellen politischen Aufgaben der Partei zu erläutern.

Genossin Anita Tack legte aus ihren langjährigen Erfahrungen die Grundpositionen der Landtagsfraktion zum Flughafen BBI dar. Sie betonte, dass es nach den richterlichen Urteilen jetzt darauf ankommt, den Fortgang von Bau und Inbetriebnahme des Flughafens „kritisch zu begleiten“. Kritisiert wurde von ihr das immense Wachstum der Baukosten als eine Folge mangelhaften Managements beziehungsweise Ausdruck unehrlichen und arroganten Verhaltens seitens des Flughafenbetreibers. Auch gilt es in Kooperation mit den Gewerkschaften die Tarifrechte der Arbeiter durchzusetzen. Die Veranstaltung war charakterisiert durch einen regen Informationsaustausch der Teilnehmer. Genossin Tack fasste es sinngemäß mit den Worten zusammen: Je genauer und detaillierter wir als Landtagsfraktion die Probleme, Bedingungen und Handlungsweisen vor Ort kennenlernen, desto konkreter und eindringlicher ist es uns möglich, die parlamentarischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die entsprechenden Kommissionen und Aus-

schüsse von unseren Zielen zu überzeugen und auf die staatlichen Einrichtungen und Institutionen nachhaltig einzuwirken.

Den Veranstaltern und Gästen war klar, dass die unmittelbare Betroffenheit von über 25.000 Einwohnern unserer Gemeinde Dimensionen erreicht hat, die nicht allein durch die Kommune geschultert werden können. Sie erfordern vielmehr ein ernsthaftes koordiniertes Eintreten von Kreis, Land und Bund für die Belange der Bürger.

In diesem Sinne wurde auch mehrfach während des Forums den Mitgliedern der Landtagsfraktion für ihren Mut und ihre Bereitschaft gedankt, sich vor Ort den Fragen der Bürger zu stellen. Wesentlich bereichert wurde der Abend durch die Bürgermeister der Gemeinden Blankenfelde-Mahlow (Herrn Baier), Schulzendorf (Gen. Burmeister) und Königs-Wusterhausen (Gen. Ludwig). Alle demonstrierten in ihren Beiträgen eine große Geschlossenheit und vertrauensvolle Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg. Sie bezogen in dieses Verhalten auch die große Mehrheit der Gemeindevertreter ein. Andererseits setzten sie sich offen mit dem ungenügenden Engagement der Landesregierung bei der Wahrnehmung der Bürgerinteressen in Bezug auf den Flughafen auseinander.

Anschaulich schilderten sie an Beispielen, wie seitens des BBI Methoden finanzieller Erpressung versucht, kostenaufwändige gerichtliche Verfahren erzwungen, bürokratische Hürden aufgebaut werden und mit Formen der Fehlinformation beziehungsweise der Informationszurückhaltung durch das Management des BBI taktiert wird. Raffiniert werden von dieser Seite gerichtliche Urteile neu ausgelegt oder es wird versucht, diese durch erweiternde Anträge in ihrem Kern auszuhehlen. In drastischen Worten verurteilten die Bürgermeister diverse Versuche, die Gemeinden „über den Tisch zu ziehen“. Sie äußerten wie-

derholt ihre Enttäuschung über die Tendenz, anstelle einer förderlichen Zusammenarbeit die staatliche Verantwortung des Landes zunehmend auf die Gemeinden abzuschieben.

Mit Empörung reagierten die Anwesenden auf die Information, dass Minister Dellmann die Auffassung geäußert hat, eine von den Gemeinden geforderte Analyse der Belastungen durch Fluglärm und ein von den Gemeinden daraus abgeleitetes Gesundheitsprogramm seien abzulehnen, da nach seiner Meinung – entgegen neueren Studien – Fluglärm die menschliche Gesundheit nicht beeinträchtigt.

Dankbar wurden von den Anwesenden Ratschläge entgegengenommen, wie man sich gegen unbegründete Forderungen von Ämtern wehren kann. Das betrifft beispielsweise das Verlangen kurzfristiger Beschaffung von Unterlagen wie Bauplänen, Baugenehmigungen, Grundbuchauszügen, Wertgutachten usw., obwohl bekannt sein müsse, dass durch die Wirrungen auf dem Immobilienmarkt während der Wendezeit diese zum Teil gar nicht mehr greifbar sind.

Gerade für ältere Menschen stellen die Nachforschungen dafür eine unzumutbare Belastung dar. Aus der Mitte der Anwesenden kam der Vorschlag, hierzu durch die Gemeindeämter einen „Bürgerratschlag“ zu veröffentlichen.

Am Ende des Forums war deutlich geworden: Die erfolgreiche Durchsetzung der Bürgerinteressen geschieht nicht im Selbstlauf. Sie erfordert ein abgestimmtes Zusammengehen aller Betroffenen, ihrer demokratischen Vertretungen und staatlichen Organe. Sie fußt auf vielen Initiativen unter Nutzung ihrer spezifischen Bedingungen. Sie verlangt aber auch ein Klima, welches Einsicht in die Handlungsfelder und Verständnis für die realen Handlungsmöglichkeiten der Partner und deren gegenseitige Unterstützung einschließt.

L. Hummel & C. Treffkorn, Dahlewitz

TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Zweiter und dritter Tag der Landtour

Am zweiten Tag wurden wir schon an der Netto-Verkaufsstelle in Altes Lager erwartet. Neben Fragen zur barrierefreien Erreichbarkeit von Discountern und öffentlichen Einrichtungen wurde während der gesamten Tour durch die Gemeinde Niedergörsdorf sehr emotional die aktuelle Diskussion zur Gemeindefusion debattiert.

Von den angesprochenen Bürgerinnen und Bürgern begrüßt wurde auch die Tatsache, dass es für den Landkreis Teltow-Fläming jetzt seniorenpolitische Leitlinien gibt und dass nach der neuen Gemeindeordnung Seniorenbeiräte in die Satzungen aufgenommen werden können. Um die Mobilität auch künftig im ländlichen Raum zu sichern, sehen die Dorfbewohner mit den sogenannten „ehrenamtlichen Bussen“ eine Alternative.

Kritisch angemerkt wurde jedoch die jetzige Praxis mit den Fahrkuponen für Menschen mit Behinderungen. Gegenwärtig ist es nur möglich, diese beim Fahrdienst des DRK und ASB einzulösen. Der Fahrdienst des DRK ist aber in Zeiten, in denen Veranstaltungen durchgeführt werden, bereits durch andere Touren gebunden. Der Fahrdienst des ASB hat aber seinen Sitz in Dahme, so dass schon aus Kostengründen die Nutzung eingeschränkt ist. Deshalb wäre zu überprüfen, ob auch andere Anbieter von Fahrleistungen in dieses System mit einbezogen werden können oder ob statt der Kupons Bargeld ausgegeben werden kann. In Gesprächen in Malterhausen wurde von den Bürgern darauf hingewiesen, dass diese Randregion des Landkreises Teltow-Fläming in der Nachbarschaft des Naturschutzgebietes Nieplitzthal (Potsdam-Mittelmark) liegt und darin Chancen für eine kreisübergreifende Entwicklung des Radwegesystems bietet.

An der Bushaltestelle in Niedergörsdorf wurden verstärkt landwirtschaftliche Themen angesprochen. Landwirte stöhnen darüber, dass die Kosten für die Futtermittelproduktion steigen und Erzeuger von Nahrungsmitteln und Dienstleister zu Durchreichern von Kosten werden. Die Flächenkonkurrenz von Energiepflanzen und Nahrungsgüterproduktion hat Einfluss auf die Erhöhung der Bodenpreise. Bei der Versorgung der Biogasanlagen mit Input-Stoffen kann der Regionalfaktor oftmals nicht eingehalten werden, damit wird die nachhaltige landwirtschaftliche Produktion infrage gestellt.

Diese Sorgen teilten auch die Frauen des Seniorenkreises in Oehna, die sich einmal wöchentlich im Gemeindezentrum zum geselligen Zusammensein treffen. Beklagt wurde aber auch, dass es in diesem Jahr in Oehna und Umgebung schlecht um die Nachfrage auf touristischem Gebiet bestellt ist.

Ein weiterer Höhepunkt an diesem Tag war der Besuch bei der Firma SIK-Holz GmbH in Langenlippsdorf. Nach einem Betriebsrundgang konnten wir der jährlichen Feier für die Lehrlinge der Firma beiwohnen. Im September haben sich die Lehrlinge und Frau Wehlan im Landtag wiedergetroffen. Der dritte Tag der Sprechstunden unter freiem Himmel begann auf dem Marktplatz in Dahme.

Dort bewegten u.a. die Ungewissheiten um den zukünftigen Ausbau der B 102 die Gemüter sowie die Sorgen der Händler um drohende Einnahmeeinbußen wegen des Ausbaugeschehens. Aber auch die Entwicklung der Schullandschaft und der Wegzug junger Leute aus der Region waren Gesprächsthemen.

Bei einem Abstecher im Christlichen Missionswerk „Josua“ in Zagelsdorf konnten wir uns ein Bild machen von dem aufopferungsvollen Bemühen, gefährdeten Jugendlichen zu helfen,



wieder ihren Platz im Leben zu finden.

Ganz am Rande des Landkreises Teltow-Fläming – in Wildau-Wentdorf – bestimmte die Landwirtschaft die Gesprächsthemen. Aber auch die Waldwirtschaft lag den Bürgerinnen und Bürgern am Herzen.

So stellten sie kritisch fest, dass in der Region keine nachhaltige Waldpolitik betrieben wird und dass Kahlschläge vorgenommen werden und nicht für die notwendige Neuanpflanzung gesorgt wird. Gespräche in Gebersdorf, Niebendorf-Heinsdorf und Wahlsdorf bildeten den Abschluss dieser Sommertour.

Nun hat die Auswertung begonnen, um festzulegen, durch welche parlamentarischen Mittel (Anfragen, Anträge und dergleichen) auf welcher Ebene (Landtag, Kreistag, Stadt- und Gemeindevertretungen) die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten werden können.

Abschließend bedanken wir uns bei allen Mitgliedern und Sympathisanten, die uns bei den Sprechstunden unter freiem Himmel unterstützt haben.<

Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan

Telefon u. Fax:

0 33 71 / 40 65 44

E-Mail-Adresse:

BueroLukWehlan@aol.com

Einer von Uns

Marianne: Josef, du bist 51 Jahre Mitglied unserer Partei und 60 Jahre Mitglied der Gewerkschaft. In dieser Zeit hast du viel geleistet. Mit welcher deiner Leistungen identifizierst du dich am meisten?

Josef: Das ist zweifellos meine fachliche Arbeit. Ich bin seit 1947 Zimmermann, ein wunderbarer Beruf. Mit Stolz denke ich an die vielen Bauten, an denen ich beteiligt war.

Schon 1952 habe ich in Berlin an den Neubauten am Staußberger Platz mitgearbeitet. In Luckenwalde war ich an der Errichtung der ersten Wohnungen in der Goethe- und Fontanestraße 1959 beteiligt, um nur einige zu nennen.

Ich war Brigadier, Montagemeister und Bauleiter. Wichtig war mir immer der Bezug zur Praxis.

Marianne: Hast du auch in unserer Partei und der Gewerkschaft Funktionen ausgeübt?

Josef: Den überwiegenden Teil meines aktiven Arbeitslebens, seit 1964, war ich beim VEB Wohnungsbau-

Josef Sagner



kombinat Potsdam tätig. Dort habe ich auch in unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Leitungsgremien gearbeitet. Ich war APO-Sekretär, AGL-Vorsitzender und kurze Zeit in „Schwarze Pumpe“ auch BGL-Vorsitzender.

Aber ist es mir auch heute noch wichtig, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Seit Jahren bin ich verantwortlich für die politische Bil-

dung für den Bereich Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal. Außerdem singe ich seit 36 Jahren im Märkischen Bauhandwerkerchor e.V..

Marianne: Die Kommunalwahlen stehen dicht bevor? Welche Wünsche verbindest du damit?

Josef: Ich wünsche mir eine hohe Wahlbeteiligung. Natürlich ein gutes Abschneiden der LINKEN. Sehr wichtig ist mir auch, dass den Rechten keine Chance gegeben wird. Ich habe Kinder, inzwischen fünf Enkelkinder und bin stolzer Urgroßvater.

Eine glückliche Zukunft für sie und unsere Nachfolgeneration liegt mir sehr am Herzen.

Leider kann ich in einem kurzen Interview nicht das ganze spannende Leben eines so verantwortungsvollen Genossen wiedergeben. Es war ein tolles Gespräch. Danke dafür und weiterhin Gesundheit und Elan!

Marianne Richter, Luckenwalde

Infostand-Splitter



Ca. drei Wochen vor der Kommunalwahl gestalteten die Luckenwalder ihren ersten Infostand zu diesem Anlass. „Da seid Ihr ja endlich!“, wurden wir begrüßt. Ein Zeichen, dass die Bürger/Wähler auf uns gewartet hatten.

Wer denkt, Infostandbetreuung bedeutet nur, lange stehen und Belanglo-

ses reden zu können, der ist auf dem Holzweg. Die Fragen waren vielfältig:

- „Wie kann man als Mieter in einem kommunal verwalteten Haus andere Mieter zu mehr Sauberkeit und Ordnung erziehen?“
- „Ich war mal Mitglied bei den Grünen – bis sie dem Afghanistan-Krieg zustimmten. Nun interessieren mich die Linken. Stimmt es, dass es immer noch die alten SED-Kader sind?“
- „Wie können wir den Druck von links verstärken?“
- „Am besten, man geht gar nicht zur Wahl. Die da oben machen doch, was sie wollen, oder?“
- „Es ist ganz gut, dass es die Rechten gibt. Die machen den Etablierten

ordentlich Dampf.“

Aber auch Kurioses fehlte nicht. Auf die Frage, ob man sich für das Wahlprogramm der LINKEN interessiere, antwortete ein Vater mit Kleinkind: „Nein, das brauche ich nicht, ich wähle Herrn Rudolf Haase.“

Das ist nur eine Auswahl der Problempalette. An anderen Ständen mögen andere Fragen aufgeworfen worden sein. Viele Bürger kamen, um entweder ihrem Ärger Luft zu machen oder uns viel Erfolg zu wünschen. Infostandbetreuung ist also alles andere als Herumsteherei. Der Bürger braucht unser Zuhören, unsere Meinung, unseren Rat, auch nach den Kommunalwahlen.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan - Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan

Etwa Zehntausend Menschen, darunter viele Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN, sind in Berlin dem Aufruf eines bundesweiten Bündnisses gefolgt und haben gegen die Pläne der Bundesregierung protestiert, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan nicht nur zu verlängern, sondern die Zahl der eingesetzten Soldaten auch deutlich zu erhöhen.

Da hört man das Pfeifen im Walde

Beckstein kann entweder nicht lesen, oder er ist ein vorsätzlicher Lügner, wenn er sagt, wir wollen Betriebe enteignen. Oskar Lafontaine und DIE LINKE fordern eine breite Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmensvermögen. Das ist angesichts wachsender Vermögen auf der einen und sinkender Löhne auf der anderen Seite dringend notwendig. Auch in Bayern. Beckstein gebärdet sich als Kreuzritter für eine Verfassung, die er selbst mit Füßen tritt. Ob Mindestlohn, Versammlungsrecht oder Erbschaftsteuer - stets schreibt die bayerische Verfassung anderes vor, als Beckstein praktiziert. Die CSU ist völlig ungeeignet als Kronzeugin der Verfassungstreue. Beckstein hat, als er bei Amtsantritt auf die Verfassung eingeschworen wurde, einen Meineid geleistet. Er ist selbst ein Fall für den Verfassungsschutz.

Krankenversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben

Seit etwa 15 Jahren verschlechtert sich die finanzielle Situation der deutschen Krankenhäuser dramatisch. Die Unterfinanzierung ist so erheblich, dass die Gewerkschaft ver.di von „Notstand“ spricht. Krankenhäuser haben

keine Kompensationsmöglichkeiten mehr. Darunter leiden Patienten und Beschäftigte gleichermaßen - die Beschäftigten durch unzumutbare Überbelastung und permanent drohenden Arbeitsplatzverlust, die Patienten durch die Gefahr mangelnder Qualität der gesundheitlichen Versorgung. Ziel der Kampagne „Der Deckel muss weg“ ist eine Abkoppelung der Krankenhausfinanzierung von der Grundlohnsumme (so genannte Deckelung), da diese Verbindung zu der bedrohlichen Unterfinanzierung führt. Etwa 60 Prozent des Krankenhausetats fließt in Personalausgaben, deshalb werden hier auch die meisten Einsparungen vorgenommen. Der Bund regelt die Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser. Deshalb fordert DIE LINKE die Bundesregierung auf, im Herbst 2008 die gesetzlichen Grundlagen so zu ändern, dass die Krankenhäuser dauerhaft ausreichend finanziert sind und drohende Insolvenzen oder Privatisierung abgewendet werden können. Die Krankenversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben. DIE LINKE unterstützte den Aufruf des Aktionsbündnisses „Rettet die Krankenhäuser“ zu einer Großdemonstration am 25. September in Berlin. Diese Demonstration stand in Verbindung zum geplanten Gesetzgebungsverfahren.

Gemeinschaftsschule als Schule für alle Kinder

Eine grundlegende Schulreform, wie wir sie für erforderlich halten, umfasst sowohl eine Reform der Inhalte schulischer Bildung und der pädagogischen Gestaltung der schulischen und unterrichtlichen Arbeit, der Kultur des Lehrens und des Lernens, als auch eine grundlegende Umgestaltung der Strukturen des Bildungswesens insgesamt und des allgemeinbildenden Schulwe-



sens im Besonderen. Eine solche grundlegende Schulreform ist keine hinreichende, aber eine unverzichtbare Bedingung, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstverwirklichung für alle zu ermöglichen. Die Umgestaltung des Schulsystems zu einer Schule, die alle Kinder und Jugendlichen aufnimmt, kann ein Schritt sein, die gesellschaftliche Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung zu beenden.

Darum halten sie die Beschränkung der Reform nur auf die Abschaffung der Hauptschule, wie sie in vielen Ländern jetzt diskutiert wird, für nicht ausreichend und die Bezeichnung der zusammengesetzten Schulform als Gemeinschaftsschule für einen Etikettenschwindel.<

Kaisertour

Finale und Auftakt zugleich war die „Kaisertour“ am 25.09.2008: Finale des zurückliegenden Wahlkampfes und Auftakt des darauffolgenden 48-Stunden-Wahlkampfes. Kerstin Kaiser tourte den gesamten Tag durch unseren Landkreis, angefangen im Rathausaal in Dahme, wo sie unter anderem mit Lehrern der Otto-Unverdorben-Oberschule über Bildungspolitik diskutierte.

Es folgte die Fläming Bau-GmbH in Langenlipsdorf, dort fanden Gespräche zu aktuellen Themen wie Mindestlohn, Abwasserbeiträge und die Probleme kleinerer Unternehmen in der Region, vor allem die Vergabe von Auf-

Fortsetzung auf Seite 7

Forsetzung von Seite 6

trägen an hiesige Unternehmen statt. Nach einem geselligen Nachmittag im Wirtshaus zum Grafen Bülow in Dennewitz, wo vorrangig die Themen Tourismus und Fläming-Skate besprochen wurden, folgte der Abschluss im



Fotos: Tim Senst

Kreishaus in Luckenwalde. Nach einer Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidaten, war es dann soweit. Kerstin Kaiser und ihr Mann, der Musiker Jörg Kokott, stellten ihr Programm „Deutschlandlieder“ vor. Zwischen Gedichten von Heinriche Heine und Bertolt Brecht war es vorallem diese „besondere Form, politische Positionen darzustellen“, die das Publikum



Kerstin Kaiser & Jörg Kokott

begeisterte. Tiefsinnige Texte und leidenschaftliche Gitarrenklänge regten zum Denken und Nachdenken an.

Ein gelungener und verdienter Abschluss des zurückliegenden Wahlkampfes, der viel Zeit und Mühe, Arbeit und Nerven gekostet hat.

Deshalb sei an dieser Stelle allen Unterstützern, Spendern und Helfern gedankt, die während der letzten Wochen und Monate motiviert mit angepackt haben.

Tina Senst, Luckenwalde



Betrachtungen zum Tag der Einheit

Politik und Meinungsmache bringen mich in Wut, ein paar Vergleiche sind jetzt gut. Auch wenn es nicht komplett sein kann, so regt es doch zum Denken an.

Im Herbst 1989 sind wir auf die Straße gegangen, weil wir eine bessere DDR wollten. Die westlichen Medien konnten gar nicht reißerisch genug davon berichten, jetzt wollen wir eine bessere BRD und stehen unbeachtet auf der Straße.

Damals, so wollen dieselben Medien uns weismachen, standen wir wirtschaftlich am Abgrund, jetzt sind viele einen Schritt weiter und bekommen keinen Boden mehr unter die Füße.

In der Republik hatten fast alle eine Arbeitsstelle, auch alleinstehende Mütter mit Kindern.

In der BRD gibt es immer weniger Kinder, dafür aber um so mehr arbeitslose Eltern ohne Hoffnung auf Besserung.

In den Geschäften von Konsum und HO haben wir Schlange gestanden, um „Bück-Dich-Waren“ zu bekommen, jetzt sitzen wir stundenlang auf dem Arbeitsamt rum und statt gefördert zu werden, müssen wir teilweise unverschämte Forderungen erfüllen.

Was haben wir früher saufen müssen. Ihr wisst doch – mit den Freunden – Wässerchen – Sto Gramm, heute sitzen wir auf dem Trockenen, weil Wasser und Abwasser immer teurer werden.

Wenn deine Frau früher nachts vom Betriebsvergnügen nach Hause schlenderte und nicht zu viel gebechert hatte, konntest du ruhig an der Matratze horchen, weil sie sicher und unversehrt am nächsten Morgen neben dir lag.

Heute bist du als Mann froh, am hellerlichten Tag unversehrt nach Hause zu kommen.

Autos waren knapp in der DDR, das ist jetzt auch ganz anders.

Kannst du dir noch ein Auto und den Sprit dazu leisten und willst mal deine lieben Verwandten besuchen, stehst du

erst stundenlang im Stau und dann findest du keinen Parkplatz.

Damals durften nur ältere und Rentner zu einem kurzen Besuch in den Westen fahren.

Heute muss unsere Jugend in den Westen ziehen, um eine Lehrstelle und auskömmliche Löhne zu bekommen.

Früher trauten wir uns nicht zu meckern, weil keiner wusste, wer alles zuhört.

Heute werden wir flächendeckend elektronisch bis ins Kleinste überwacht, dafür kann jeder ganz laut sagen, was ihn bedrückt und ihm Sorgen bereitet. Es wird überhört.

Bei besonderen Sorgen und Nöten konnte man früher eine Eingabe beim Staatsrat machen und mit etwas Glück, und wenn es gerade in die Richtlinien passte, wurde geholfen.

Heute kämpft man nur ewig gegen bürgerfeindliche Paragraphen und keiner traut sich, eine hilfreiche Entscheidung zu fällen. Dafür sollen Anwälte und Gerichte entscheiden, aber Recht haben und Recht bekommen sind oft eine Frage des nötigen Kleingeldes.

Ja auch bei den Wahlen ist alles ganz anders und trotzdem hat sich nichts geändert. Früher solltest du nur die Kandidaten der Nationalen Front bestätigen, ohne die vorhandenen Wahlkabinen zu benutzen.

Heute musst du die Kabine benutzen und es ist egal, wen du wählst, die etablierten Parteien machen alle die gleiche, vom Großkapital bestimmte, für das Volk verhängnisvolle Politik.

Ich meine, solange das Großkapital die Politik bestimmt, wird das Wohlergehen des Volkes weiter den Bach runter gehen und es wird Zeit, sich gemeinsam zu wehren. Wahlen sind dafür eine Möglichkeit, Demos und offene Stellungnahmen eine andere.

Nur wem die Zukunft ganz egal, der drückt sich vor der Qual der Wahl.

Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



SPD-Ankündigung zu Kindergärten ist absolut unglaubwürdig

Die SPD hat angekündigt bis 2013 allen Kindern vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr einen gebührenfreien Besuch von Kindergärten und Kindertagesstätten zu ermöglichen. Diese Forderung reiht sich für mich ein in eine Folge von Ankündigungen der SPD, die bisher nie in die Realität umgesetzt wurden. Sicher machte es sich gut, vier Wochen vor der Landtagswahl in Bayern und der Kommunalwahl in Brandenburg solche richtigen und wichtigen Themen aufzugreifen. Doch bisher hat die SPD jede Chance auf wirkliche Veränderung verstreichen lassen. Bereits am 25.01.2006, also bereits wenige Monate nach der letzten Bundestagswahl, hat die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, „schnellstmöglich ein Konzept vorzulegen, das die Länder und Kommunen in die Lage versetzt, gebührenfreie, umfassende und flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder anzubieten und aufzubauen“ (Drs.-Nr. 16/453). Dieser Antrag wurde sowohl im Familien-

ausschuss als auch im Plenum von der Regierungskoalition – wie konnte es anders sein – abgelehnt. „Unsinnig, unbezahlbar, unrealistisch“ – so die Begründung – auch aus den Reihen der SPD. Mit einem ähnlich lautenden Antrag vom 10.10.2007 forderte DIE LINKE, „dass Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, eine flächendeckende, umfassende und gebührenfreie ganztägige vorschulische Betreuung für alle Kinder anzubieten bzw. aufzubauen“ (Drs.-Nr. 16/6601). Leider erlitt unser Antrag dasselbe Schicksal. Die Ankündigung der SPD ist für mich absolut unglaubwürdig, solange den wohlklingenden Worten nicht endlich Taten folgen. Sie bleibt unglaubwürdig, solange es die Sozialdemokraten nicht über sich bringen, endlich einem dementsprechenden Antrag der LINKEN zuzustimmen. Oder, wenn sie schon nicht den Anträgen der LINKEN zustimmen, dann erwarte ich schnellstens eigene parlamentarische Initiativen. Ansonsten bleibt die gut gemeinte Ankündigung nur heiße Luft und ist nicht einmal das Papier wert, auf der sie steht. <

Tag der Erinnerung und Mahnung

Am zweiten Sonntag im September ehrten wir bis 1989 die Antifaschisten, die den Kampf gegen die faschistische Barbarei mit ihrem Leben bezahlt hatten. Inzwischen ist genau dieser zweite Sonntag im September als „Tag des offenen Denkmals“ ausgewiesen – viele historische



Bauwerke öffnen ihre Pforten für die Besucher. Lasst uns darüber das Gedenken an die Opfer der faschistischen Diktatur nicht vergessen! Das würde den alten und neuen Nazis zu sehr gefallen. Das darf niemals sein.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Gesundheitsreform

Einige „herausragende“ Ergebnisse

Liebe Leserinnen und Leser, Sie erinnern sich sicher noch an meinen ersten Artikel zur Gesundheitsreform.

Ich habe in diesem u.a. an die Definition Reform erinnert. Reform = verbessernde Neuordnung. Heute nun will ich einige der „Verbesserungen“ aufzählen:

- Im Jahr 2007 wurden die Krankenkassenbeiträge, die unter 13% fallen sollten, im Durchschnitt um 0,5% erhöht.
- Zehn Euro „Eintritt“ im Quartal für einen Arztbesuch sind schon zur Normalität geworden.
- Das Angebot einiger Krankenkassen, bei Nachweis eines Hausarztes und einer Hausapotheke nur einmal jährlich zehn Euro für einen Arztbesuch zahlen zu müssen, gehört längst der Vergangenheit an.



• Im ersten Halbjahr 2008 haben von 205 befragten Krankenkassen 95 ihre Beiträge zwischen 0,2 und 1,4 % erhöht. Immerhin haben auch fünf Kassen die Beiträge gesenkt. Das hat sich spätestens mit dem Gesundheitsfonds erledigt. Alle Versicherten werden dann einen einheitlichen, noch festzulegenden Beitrag entrichten. Kommt die Krankenkasse mit dem ihr zugewiesenen „Gesundheitsfonds“ nicht aus, werden ggf. von den Versicherten Zusatzbeiträge verlangt.

• Die steigenden Zuzahlungen für Medikamente spürt jeder Betroffene individuell im eigenen Geldbeutel.

Ich schlage vor: Wir ändern einfach die Definition Reform und keinem fällt auf, dass Kassen und Staat die Verdienner und Kranke die Verlierer sind.

Marianne Richter, Luckenwalde

Das Rentendesaster

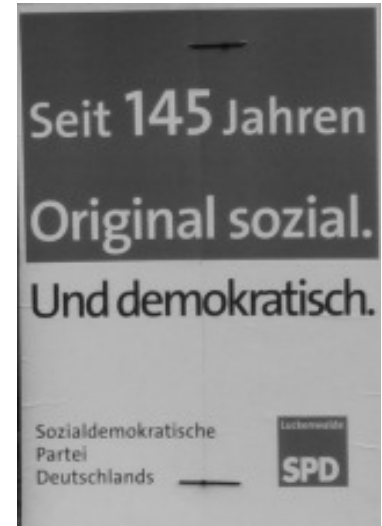
Die Probleme unseres Rentensystems sind hausgemacht: Massenarbeitslosigkeit, Mini- und Midi-Jobs sowie eine Niedriglohnpolitik haben tiefe Löcher in die Rentenkassen gerissen. Immer mehr Menschen haben zu wenig Rentenansprüche, um im Alter ein auskömmliches Leben führen zu können. Durch Teilzeit-Jobs und Lohndiskriminierung werden vor allem Frauen benachteiligt. Bereits jetzt ist absehbar: Selbst wer ein Leben lang gearbeitet hat, ist nicht zwingend vor Armut im Alter geschützt. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wa-



ren im Jahre 2005 von den Vollzeitbeschäftigten 65% Männer und nur 35% Frauen. Von den Geringverdienern waren es 2005 60% Frauen und 40% Männer. Altersarmut ist also überwiegend weiblich. DIE LINKE kämpft mit ihrem Rentensofortprogramm für eine solidarische und zukunftsorientierte Rente, um wieder das Prinzip der Solidarität und Verantwortung in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verankern. Auskömmliche Renten sind wichtiger als noch höhere Gewinne der Unternehmen. < *red*

Original, original sozial

Die SPD hat einen neuen Slogan. Einfallsreichtum und Kreativität kennen im Wahlkampf bekanntlich keine



Grenzen. Und so durften wir in den letzten Tagen vor der Wahl das eine oder andere interessante Plakat begutachten.

Aussagekräftig müssen sie sein, auffallen und zum Nachdenken anregen. Da ist uns doch besonders zu diesem hier eine Menge eingefallen...

„Original Sozial. Und demokratisch. Seit 145 Jahren.“ - Genau!

Zum Beispiel 1914 bei der Bewilligung der Kriegskredite, der heimlichen Aufrüstung zwischen 1918 und 1933, oder als 1923 die Reichswehr gegen streikende Arbeiter geschickt wurde.

Und heute?

Die Agenda 2010, Hartz IV, Rente mit 67, Kinderarmut, Altersarmut, die Verarmung des Mittelstandes, Kriegseinsätze der Bundeswehr, Leiharbeit und Dumpinglöhne, Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsreform, die Streichung der Pendlerpauschale und, und, und...

Die SPD hat sich alle Mühe gegeben, ein Plakat zu schaffen, das allen Kriterien des modernen Wahlkampfes entspricht. Erstens sagt es eine ganze Menge aus über die Einstellung der Wahlkämpfer zu den Inhalten ihrer eigenen Partei. Zweitens ist es auffallend ... auffallend ähnlich.

Und drittens gibt es uns zu denken!

Tina Senst, Luckenwalde

Kinderarmut - Millionenfach

**Was ist in Deutschland nur Schlimmes geschehen?
Die Kinderarmut ist nicht mehr zu übersehen.
Schon 2,5 Millionen Kinder zählen zu den Armen,
doch neoliberale Politik kennt da kein Erbarmen.**

**Die Zukunft fürs Land sind doch Kinder und Jugend,
diese zu fördern, das wär` rechte Tugend,
doch wer dem Kapital immer mehr Steuern schenkt,
die Armutsgrenze noch weiter absenkt.**

**Frau von der Leyen, Ministerin der Reichen,
will nur bei armen Bürgern streichen,
doch sie nimmt Geld mit vollen Händen,
um es an Reiche zu verschenken.**

**Da wird gestritten, ob Prekariat oder Unterschicht;
doch solcher Streit löst die Probleme nicht.
Nur wenn dem Volk bleibt deutlich mehr zum Leben,
dann wird es auch keine Armut mehr geben.**

**Drum schließt Euch zusammen und sagt es ganz laut:
Durch Maxi-Profit wird uns die Zukunft geklaut.
Politiker sollten vom Volk Schaden abwehren,
wer das nicht macht, sollte Straße kehren.**

Rainer Weigt

Wenn ich Bürgermeister wär, würde ich ...

Bereits 1991 gab es das erste Zuckertütenfest im Kreis Teltow-Fläming an wechselnden Orten. Im Schlosspark Jüterbog war es nun bereits das fünfte, das immer eine Woche vor der Einschulung gefeiert wurde.

Ursprünglich geplant hatten die Genossinnen und Genossen der damaligen PDS, Kindern aus sozial schwachen Familien den Schulanfang zu etwas Besonderem zu machen. Dieser Gedanke wurde sofort verworfen. Bei diesem Fest stehen die Kinder im

Mittelpunkt, da kann es keine Auslese geben.

Jedes Zuckertütenfest ist einmalig in seiner Art. Standen 2007 1000 Jahre Jüterbog als Thema des Malwettbewerbs im Mittelpunkt, war es in diesem Jahr „Ich und meine Familie“. Bei diesem Malwettbewerb können während des Festes Bilder gemalt oder auch schon fertige mitgebracht werden.

Die Jüterboger Malerin Ruth Städter leitet die kleine Jury, die sich die Bilder anschaut sowie die Preisträger auswählt. Die kleinen Künstler erhalten die Ehrung gleich im Rahmen des Festes. Alle Bilder werden im Anschluss in der Geschäftsstelle der LINKEN in Jüterbog in einer Ausstellung präsentiert. Bei der Vorbereitung durch die ehrenamtlichen Helfer entstand in diesem Jahr die Idee des Traumzauberbaums, bekannt durch die Geschichtenlieder von Reinhard Lakomy. Die Kinder und Tagesmütter aus „Petzi's Kinderland“ übernahmen die „Pflanzung“ des Baumes.

Unter dem Motto: „Wenn ich Bürgermeister wär, würde ich ...“ hatten die anwesenden Kinder die Gelegenheit, ein Blatt für den Traumzauberbaum zu gestalten, auf dem ein

Wunsch formuliert wurde. „Dass alle Kinder glücklich sind.“ - wünscht sich Pauline (6), während Christoph (7)



Maritta Böttcher im Gespräch

anstelle der alten Häuser Traumhäuser bauen möchte. Mehr Spielplätze bzw. auf allen eine Rutsche sind die Wünsche von Vanessa (6) bzw. Lea (6). Alle Traumzauberbaumblätter flogen am Schluss des Festes mit einem Luftballon in den Himmel. Doch bis dahin hatten die Kinder viele Möglichkeiten, sich bei Spiel und Spaß die Zeit zu vertreiben, zu basteln oder auf der Hüpfburg einfach nur ausgelassen zu sein. Spiele-Peter sang und spielte mit den Kindern. Der Spaß und die Freude schauten aus jedem Gesicht.

Auch für das leibliche Wohl war gesorgt. Bei Kaffee und Kuchen, der von vielen fleißigen Händen gebacken worden war, bot sich die Gelegenheit zu Gesprächen oder auch einfach zum Entspannen. In großer Runde versammelten sich die Schulanfänger, um die Zuckertüten in den Arm nehmen zu können. Maritta Böttcher, Vorsitzende des Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd, fragte alle, in welcher Schule sie denn lernen wollen, gab allen Kindern einen guten Wunsch mit auf den Weg. Als alle ABC-Schützen eine Schultüte hatten, wurden diese ausgeschüttet und alle tanzten fröhlich. Ein herzliches Dankeschön an alle, die zu diesem Erfolg beitragen. Mario

Felgentreu, Unternehmer aus Jüterbog unterstützte uns finanziell, die Märkische Allgemeine Zeitung und der Getränkehandel Briegel spendeten Preise, Mitglieder der Volkssolidarität und viele Senioren stellten selbstgebackenen Kuchen bereit, die Chefin des Wirtshauses Graf von Bülow Dennewitz, Edeltraut Liese, war persönlich mit ihrem Versorgungswagen da und spendierte den Kleinen Brause und stillte Hunger und Durst der Erwachsenen und nicht zuletzt ein großer Dank an „Petzi's Kinderland“, die seit vier Jahren um die Betriebsgenehmigung für ihre 24-Stunden-KITA kämpfen. Solch engagierte Erzieherinnen findet man nicht überall. DIE LINKE wird weiter helfen, dass das

nächste Fest die Einweihung dieser Kindertagesstätte ist.

Petra Haase, Jüterbog



Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Versteckte und offene Preissteigerungen auf vielen Gebieten, u.a. geplant bei der Bahn.
- Angleichung der Renten und Löhne an das Niveau der alten Bundesländer – schon lange versprochen – Warum legt sich Frau Merkel dazu nicht fest?
- Stellenstreichungen in Brandenburgs Schulen aus finanziellen Gründen – Wo bleibt da der Anspruch auf gute Bildung?
- Rente erst mit 67 Jahren – Das ist Rentenkürzung auf „legalem“ Weg
- Unser Staat hat angeblich kein Geld – deshalb u.a. Hartz IV und Ein-Euro-Jobs - Wovon bezahlt er dann Überwachung und Kriegseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan?

Fortsetzung folgt! Leider.

Christa Zernick, Mellensee

Klein, aber fein

Schon zu DDR-Zeiten war der Diogenes-Verlag eine Adresse für literarische Feinschmecker. Irgendwann nach der Wende las ich, dass der Verleger noch selbst liest und sogar etwas von Literatur versteht. Das ist doch wirklich erstaunlich!

Nun fiel mir ein kleines Büchlein aus dem Diogenes-Verlag in die Hände: „Der kleine Heilige“ von Georges Simenon. Das erweckte mein Interesse.

Natürlich kannte ich Simenons wortkargen, Rotwein trinkenden Kommissar Maigret aus vielen Kriminalromanen. Und nun dieses Buch?



Aus dem Nachwort erfuhr ich, dass die rund 130 sogenannten „Non-Maigret-Romane“ zu den Meisterleistungen der zeitgenössischen Weltliteratur zählen. Oh, was habe ich nachzuholen!

Der kleine Heilige ist ein Pariser Junge, aufgewachsen mit fünf Geschwistern, von denen jedes einen anderen Vater hat. Sie alle wohnen in einem Raum, in dem das Bett der lebenslustigen Mutter nur durch ein Laken als Vorhang von den Strohsäcken der Kinder getrennt ist. Louis wird „der kleine Heilige“ genannt, weil er immer still vor sich hin lächelt, sich niemals wehrt, wenn er von den Großen gehänselt oder sogar geschlagen wird. Er hilft seiner Mutter in der Markthalle und nimmt mit allen Sinnen vor allem die Farben der angebotenen Waren, die Lichtspiegelungen auf. Was aus ihm wird? Lest selbst!

Das Büchlein ist wie eine kostbare Miniatur, in der jedes Detail liebevoll und mit größter Genauigkeit beschrieben, besser: gemalt ist. Für Liebhaber feinsinniger Literatur ein Genuss.

Renate Klettke

lückwünsche

Irma Hilka in Blankenfelde zum 82. Geburtstag am 12.10.
Ruth Langenthal in Ludwigsfelde zum 77. Geburtstag am 13.10.
Christina Hintze in Luckenwalde zum 89. Geburtstag am 16.10.
Elisabeth Barsch in Ludwigsfelde zum 74. Geburtstag am 19.10.
Bernhard Jank in Luckenwalde zum 83. Geburtstag am 28.10.
Sonja Steinert in Nächst Neuendorf zum 74. Geburtstag am 28.10.
Erich Lehmann in Luckenwalde zum 94. Geburtstag am 31.10.
Helga Hundertmark in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 05.11.
Hildegard Polzer in Ludwigsfelde zum 74. Geburtstag am 06.11.
Friedel Bettac in Am Mellensee zum 73. Geburtstag am 10.11.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen*

Ehrenfried Schenk in Jüterbog zum **70.** Geburtstag am 14.10.
Amalie Matthias in Luckenwalde zum **80.** Geburtstag am 17.10.
Jens Göbel in Ludwigsfelde zum **50.** Geburtstag am 18.10.
Siegfried Frank in Mahlow zum **75.** Geburtstag am 26.10.
Inge Hoberg in Werder zum **75.** Geburtstag am 28.10.

„LA ESPERANZA ES UNA COSA BUENA“

Hoffnung ist eine gute Sache

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hat Kuba eine Dramatik erst dreimal erlebt und überlebt: „dass ein Hurrikan die Insel der Länge nach von Ost nach West verwüstet“. (Neues Deutschland vom 16.09.2008)

Nicht einmal diese Naturkatastrophe konnte US-Präsident Bush bewegen, die Handelsblockade gegen Kuba aufzuheben. Präsidentschaftskandidat Obama sprach sich für eine 90-tägige Aussetzung der Blockade aus. Das arme, kleine Osttimor spendete dagegen 500.000 Dollar.

Auch ohne die Zerstörung durch Naturkatastrophen braucht Kuba unsere Hilfe, wie wir sie in den vergangenen Jahren zum Teil geleistet haben. Martine und Karl Schilp aus St. Ingbert, Saarland, konnten auch dank unserer Spenden 2007 insgesamt 8,7 Tonnen Hilfsgüter – Medikamente, Verbandsmaterial, Schulartikel, Kleidung – in „ihre Provinz“ Holguin brin-

gen. Sie sind auf unsere Geldspenden angewiesen, weil die Transportkosten enorm hoch sind. Jeder Euro zählt, denn auch 2008 wollen sie eine Hilfslieferung dorthin bringen. Geldspenden können auf das Spendenkonto DIE LINKE Teltow-Fläming überwiesen werden unter dem Stichwort „Kuba-Spende Holguin“. Wer direkt an Familie Schilp überweisen will, erfrage BLZ und Kontonummer in der Luckenwalder Geschäftsstelle.

Schilps sind bei ihrem letzten Besuch im November 2007 gebeten worden, mehr Kinderkleidung, Kinderschuhe und Nähmaterial mitzubringen. Es kommen nur Sommersachen in Frage. Weitere Auskünfte dazu erteilt Ingrid Köbke.

Auch ich weiß, dass unsere Leser selten oder gar nicht im Überfluss leben. Dennoch: Kuba braucht unsere Solidarität, dringend.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Der Kreisverband DIE LINKE Teltow-Fläming und die Basisgruppe und Fraktion Rangsdorf trauern um

Dr. Thomas Enke

Viel zu früh hat ihn eine heimtückische Krankheit im 47. Lebensjahr aus dem Leben gerissen.

Als Referent für Haushalts- und Wirtschaftsfragen der Linksfraktion in Berlin hat er unseren Kreisverband und seine Basisgruppe in Rangsdorf allseitig unterstützt.

Wir verlieren einen aufrechten Genossen und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Kreisverband und Fraktion
DIE LINKE Teltow-Fläming

Basisgruppe
DIE LINKE Rangsdorf

Landtagswahlen in Bayern

Auch Bayern hat am 28.09.2008 gewählt. Hier waren es die Landtagswahlen, die die Gemüter erhitzen und bereits im Vorfeld zu den üblichen Diskussionen führten. Doch was dann folgte, ahnte niemand.

Bereits kurz nach Veröffentlichung der ersten Zahlen war von einem Desaster, einem Erdbeben, einem Fiasko die Rede.

Rund 17 Prozentpunkte verliert die CSU bei dieser Wahl. 42 Jahre Alleinherrschaft im bayrischen Landtag enden an diesem Wahlsonntag. Ganze 31 Sitze hat die CSU damit verloren.

DIE LINKE erreicht bei der Landtagswahl in Bayern 4,4 %, zieht somit also nicht in den bayrischen Landtag ein. Das Ergebnis an sich sagt aber viel über den allgemeinen politischen Richtungswechsel aus. Es zeigt, dass DIE LINKE selbst in Bayern angekommen ist und dass auch hier LINKS wirkt, in fünf Jahren stehen die nächsten Landtagswahlen an. <

(Bei Redaktionsschluss lagen uns nur die vorläufigen Daten vor.)

**ORIGINAL
SOZIAL**

Kreisparteitag

Am 15.11.2008 findet die zweite Tagung des ersten Kreisparteitages DIE LINKE Teltow-Fläming statt. Neben der Auswertung der Kommunalwahlen stehen u.a. die Wahl der Delegierten zur Landtags-, zur Bundestags- und Europa-Wahlkonferenz sowie der Personenvorschlag des Kreisverbandes DIE LINKE Teltow-Fläming für die Landesliste DIE LINKE Brandenburg auf der Tagesordnung. <

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Termine

06.10.08 17.00 Uhr

Sprecherrat Blankenfelde,
Alte Aula in Blankenfelde,
Auswertung Kommunalwahlen

10.10.08 16.00 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung
im „Eckbusch“ in Luckenwalde,
Auswertung Kommunalwahlen

11.10.08 09.00 Uhr

Mitgliederversammlung Jüterbog,
Geschäftsstelle Jüterbog

15.10.08 14.00 Uhr

Redaktionssitzung,
Geschäftsstelle Luckenwalde

20.10.08 19.00 Uhr

Kreisvorstandssitzung,
Geschäftsstelle Luckenwalde

Vortrag und Gespräch

**Rainer Höhn, Leiter des
Übergangwohnheims in
Luckenwalde,**
referiert zum Thema:

**Die psychosozialen
Folgen der Flucht**

Dienstag, 21. Oktober 2008,
18.00 Uhr, Zinnaer Str.36,
Luckenwalde

27.10.08 17.00 Uhr

Konstituierung Kreistag,
Kreishaus Luckenwalde

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE: Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase
14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17, Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54
Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse
Redaktionsschluss: 17. September 2008, der nächsten Ausgabe: 15. Oktober 2008
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.